

Die Realität medialer Berichterstattung

Veröffentlichungsprozesse von Untersuchungsausschüssen in Deutschland, England und der EU

Von Matthias Michaeler, Steffen Albrecht, Jan Schank, Thomas Scheffer und Rixta Wundrak

Zusammenfassung: Der Artikel nimmt die Verbindung von politischen Ereignissen und massenmedialer Berichterstattung anhand von Anhörungsprotokollen und Zeitungsartikeln in den Blick. Verglichen werden Veröffentlichungsprozesse von drei Untersuchungsausschüssen: dem deutschen Visa-Ausschuss, der englischen Hutton Inquiry und dem CIA-Ausschuss des Europaparlaments. Der mediale Veröffentlichungsprozess wird im Sinne eines empirischen Konstruktivismus als Transferleistung rekonstruiert, die der Organisation der politischen Veranstaltung aufsitzt. Die Veranstaltung ist auf eine Veröffentlichung eingestellt, bindet diese und hinterlässt seine Spuren in der medialen Neurahmung. Anhand von drei Schlaglichtern (Realitätsmarker, Zitierformen, mediale Verselbstständigungen) zeigen wir, wie sich die Veröffentlichung sukzessive von der Veranstaltung löst und den weiteren Mediendiskurs speist. Schließlich finden sich weit zirkulierende Zitate und Schlagworte als Symbole, an die neu angeknüpft werden kann.

1. Das Verhältnis von Ereignis und Berichterstattung

„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 1996: 9). Luhmanns Einschätzung zur Rolle der Medien kann heute als Common Sense gelten. Dies gilt in besonderem Maß für das Verhältnis von Medien und Politik. Demnach finden politische Prozesse fernab der Bürgerinnen und Bürger im Zentrum des politischen Systems statt. Die eigentlich Betroffenen nehmen von ihnen ‚nur‘ mittels der Massenmedien Notiz und bilden sich auf dieser Grundlage eine Meinung.

Doch wie kommen die Medien zu dem von ihnen verbreiteten Bild der politischen Welt? Die Vorstellung, bei den Medien handele es sich um eine neutrale Instanz zur bloßen Vermittlung der Realität, wurde seit den Anfängen der Medienforschung kritisch hinterfragt (Speed 1893; Lippman 1922; Lang / Lang 1953). Sie findet heute höchstens als normativer Maßstab Verwendung, an dem sich die Arbeitsweise und die Ergebnisse der Berichterstattung messen lassen (Morris / Clawson 2005). An die Stelle dieser „ptolemaischen“ Auffassung des Verhältnisses von Medien und Realität (Schulz 1989) sind zwei Perspektiven getreten, die den gegenwärtigen Diskurs über Medien dominieren: der Konstruktivismus und die Mediatisierungsthese.

Aus konstruktivistischer Sicht schaffen die Medien eine eigene Realität, ein „hochgradig strukturiertes und fragmentarisches Bild der Welt [...], gekennzeichnet u. a. durch Ethnozentrismus, Negativismus, Personalisierung, Konzentration auf Elite-Personen und Elite-Nationen“ (Schulz 1989: 139). Die Prinzipien der Konstruktion medialer Wirklichkeit lassen sich durch die Untersuchung von Medienerzeugnissen beobachten, für die heute ein elaboriertes Methodenarsenal zur Verfügung steht (z.B. Brosius et al. 2008). Sie werden als Nachrichtenwerte (Galtung / Ruge 1965), Agenda-Setting-Modelle (McCombs / Shaw 1972) oder als Medienlogik (Altheide / Snow 1979) beschrieben. Mit dieser Perspektive verbunden ist die These

einer Mediatisierung der Politik.¹ Auch sie geht von einer Eigenlogik der Medien aus, die sich im Zuge der Ausdifferenzierung der Massenmedien verfestigt hat. Die Politik orientiert sich demnach immer stärker an der Medienlogik und verliert an Autonomie (Mazzoleni/Schulz 1999). Dies führt bis hin zu Diagnosen, das Mediensystem kolonisiere die Politik (Meyer 2001) bzw. dass politische Ereignisse speziell für die Medien inszeniert werden (Dayan / Katz 1992; Bucher 2004). Beiden Perspektiven gemein ist, dass den Medien eine dominante Position gegenüber der Politik zugewiesen wird und entsprechend die Berichterstattung durch die Eigenlogik der Medien geprägt ist.

Als kritische Reflexion der Rolle der Medien in der Demokratie haben diese zwei Perspektiven zweifellos eine große Bedeutung. Es stellt sich allerdings die Frage, ob sie den Zusammenhang von politischen Ereignissen und Medienberichterstattung adäquat fassen. So fällt auf, dass die Medienforschung im Zuge der „kopernikanischen Wende“ (Schulz 2008: 74) – nicht zuletzt aus Mangel eines methodisch abgesicherten Zugangs zur außermedialen Realität (Schulz 1989: 143) – einseitig auf die medialen Erzeugnisse rekurriert (Kuhlmann 2007; Schneider 2007). Beispiele wie das Phänomen der „Camino-Realität“ (Kepplinger 1983) belegen demgegenüber die Abhängigkeit der Medien von ihren Quellen, besonders in Kriegs- und Krisenzeiten. Auch für die Untersuchung von politischen Strategien in einer Mediendemokratie (Domke et al. 2006) kommt die Forschung nicht ohne eine Betrachtung der außermedialen Realität aus. Der Konstruktivismus jedoch „verdeckt [...] systematisch den Einfluss des jeweils gegenständlichen Realitätsausschnitts“ (Kuhlmann 2007: 134).

Der vorliegende Beitrag schlägt eine integrierte Betrachtung vor, um das Verhältnis von Herstellung und Darstellung der Politik, von politischem Prozess und Prozessen der Veröffentlichung in den Blick zu nehmen. Wir nutzen dazu Erkenntnisse der Wissenschaftssoziologie und der dort geführten Auseinandersetzung zwischen Realismus und Konstruktivismus, um den Zusammenhang von ‚Realität‘ und Berichterstattung konzeptionell zu fassen und empirisch zu wenden.

Von einer ethnographischen Studie Latours (2002) über den geologischen Umgang mit Bodenproben aus dem Amazonasgebiet übernehmen wir die Annahme, dass Realität in einem schrittweisen, technisch unterstützten, rekursiven Übersetzungsprozess in (bei Latour: wissenschaftliche) Texte überführt wird. Die Übersetzungsarbeit besteht in einer Serie von semiotischen Zurichtungen von Daten, die in kleinen Sprüngen umgerahmt werden, mittels „zirkulierender Referenzen“ aber auf die jeweils vorgängige Realitätsversion zurückverweisen. Latour eröffnet mit dieser Studie eine alternative Sichtweise zwischen Realismus und Konstruktivismus, die sich mit Knorr Cetina als „empirisches Programm des Konstruktivismus“ fassen lässt (Knorr Cetina 1989: 86). Der Fokus richtet sich dabei auf die praktischen Fabrikationsprozesse, die „Konstruktionsmaschinerie“ (ebd.: 91), deren Betrieb auf verschiedene „Partizipanten“ verteilt ist (Hirschauer 2004).

Ganz ähnlich nähern wir uns dem Prozess der Veröffentlichung von politischen Ereignissen. Wir verfolgen die systematische Transformation von politischen Prozessen in Medienberichte und suchen nach den ‚Spuren‘, die auf eine Überbrückung beider Endpunkte schließen lassen. Die Fabrikation der Medienberichte, so unsere Hypothese, erfolgt nicht allein durch die Medien, sondern ist praktische Arbeit der Beteiligten an verschiedenen Orten und mittels verschiedener Methoden und Mittel. Welche ‚Vorleistungen‘ von Ereignissen, so fragen wir, machen selbige für Medienberichte verfügbar? Wie sind die Berichte in den Ereignissen verankert (Goffman 1977: 276)? Wie kreieren und fördern die Beteiligten weitere Verwertungen?

1 Im kürzlich aufgelegten DFG-Schwerpunktprogramm „Mediatisierte Welten“ bezeichnet Mediatisierung grundlegend „die zunehmende Prägung von Kultur und Gesellschaft durch Medienkommunikation“ (<http://www.mediatisiertewelten.de/files/AusschreibungSPP090601.pdf>, 18.8.2009).

Wir tun dies am Beispiel von Untersuchungsausschüssen, weil hier das Verhältnis zur (politischen, nationalen, internationalen) Öffentlichkeit immer schon fraglich ist. Sie eignen sich für eine Analyse des Verhältnisses von politischen Ereignissen und medialem Bericht deshalb besonders, weil die Politik mit ihnen auf Skandale und Missstände reagiert und die Untersuchungen von Anfang an einen besonderen Öffentlichkeitsbezug aufweisen. Mehr als andere politische Prozeduren werden sie für eine Öffentlichkeit veranstaltet.² Als Fälle betrachten wir drei Untersuchungsausschüsse: den „CIA-Ausschuss“ des Europäischen Parlaments (26.01.06-30.01.07), die unabhängige, von der Regierung eingesetzte „Hutton Inquiry“ in Großbritannien (01.08.03-28.01.04) und den „Visa-Ausschuss“ des Deutschen Bundestags (17.12.04-30.08.05). Sie unterscheiden sich in ihren politischen Kontexten sowie in der Aus- und Stoßrichtungen ihrer Untersuchungen, wie wir in einer vorangegangenen Analyse herausgearbeitet haben (Scheffer et al. 2008).

In einer vergleichenden, transsequentiellen Analyse (Scheffer 2008) untersuchen wir, inwieweit diese Unterschiede der Verfahren in ihre Veröffentlichung einfließen und diese mitbestimmen. Diese Form der Analyse hat einen ethnografischen Ansatz und ist grundsätzlich darauf ausgelegt, Ereignisse und Prozesse in ihrer wechselseitigen Verschränkung zu begreifen. Dazu verbindet sie die Konversations- und Diskursanalyse methodisch. Auf ihrer Basis haben wir die Protokolle und Transkripte der Ausschüsse und die verschiedenen Medienberichte analysiert, um sie dann als Ereignisse aufeinander beziehen zu können. Ziel war die Herausarbeitung der Diskurspraxis, in der verschiedene Ereignisse den Transformationsprozess der Veröffentlichungen schriftweise vorantreiben, der von seinen internen Bindungen, Verschiebungen und Brüchen lebt (vgl. Latour 2002; Knorr Cetina 1989).

In einem ersten Schritt fragen wir, wie sich die Ausschüsse auf eine Veröffentlichung einstellen und sie nutzen, auf welche Weise sie eine Medienöffentlichkeit zulassen und versorgen und welche Anschlüsse sie bieten. Wir verfolgen und analysieren die internen Diskussionen und Regulierungen um die Zulassung der Medien im Verfahren. In einem zweiten Schritt fragen wir, wie die Medien ihre Berichte an das berichtete Ereignis anhängen bzw. in diesem verankern. Dazu analysieren wir systematisch die Berichte ausgewählter Tageszeitungen und suchen nach Schlüsseln oder Keys (Goffman 1977), über die im Text auf ein reales Geschehen verwiesen und dieses als Thema einer Nachricht realisiert wird. In einem dritten Schritt widmen wir uns der Bedeutung des Zitierens als einer zentralen Übersetzungsleistung im Prozess der Veröffentlichung. Zitieren erlaubt komplexe Anknüpfungen an ein kommunikatives Geschehen. In einer Gegenüberstellung von Berichten und Sitzungsprotokollen vollziehen wir dabei die Neurahmung der Ereignisse nach und beleuchten die Verschiebungen und Brüche, die damit einhergehen, aber auch die Elemente, die trotz der Neurahmungen auf einen fortlaufenden, ineinander verwobenen Diskurs verweisen. In einem vierten Schritt entfernen wir uns schließlich weiter von der unmittelbaren Koppelung von Ereignis und Berichterstattung. Wir fragen, wie Zitate sich im fortlaufenden Mediendiskurs immer mehr ihres Ereignisbezugs entledigen, in ihm als freie Referenten zirkulieren und erst im Weiteren eine mediale Selbstreferentialität begründen. Dabei konzentriert sich auch unsere Analysearbeit immer mehr auf den medialen Diskurs.

2. Untersuchungsausschüsse als öffentliche Veranstaltung

In der Perspektive des empirischen Konstruktivismus werden die ‚Quellen‘ der Berichterstattung nicht naiv als Originale überhöht und auch nicht als bloße Konstruktion der Medien angesehen, sondern als Vorprodukte und Vorleistungen mit eigenständiger Bindekraft. Politische

2 Bereits Weber (1988: 353) verwies mit Blick auf die englische Presse auf die eminente Bedeutung der Öffentlichkeit für politische Untersuchungen. Aus juristischer Sicht hat Bräcklein (2006: 332) dargelegt, dass das Öffentlichkeitsprinzip fundamental für parlamentarische Untersuchungsverfahren ist.

Ereignisse wie Untersuchungsausschüsse sind schon aus ihrer Verfahrenslogik heraus auf eine Veröffentlichung ausgerichtet. Sie versuchen Öffentlichkeit über die Medien im Sinne ihrer jeweiligen Untersuchungsform herzustellen. Der Weg der Veröffentlichung von Untersuchungsverfahren beginnt so gesehen bereits mit der Organisation der jeweiligen Ausschusssitzung. Hier wird eine bestimmte Form von Öffentlichkeit zugelassen oder ausgeschlossen, indem auf bestimmte Kanäle, Formate und Perspektiven verwiesen wird. Ausrichtung und Zielsetzung einer Anhörung werden auf eine intendierte mediale Verwertung eingestellt. Wie, so fragen wir, stellen sich Untersuchungsausschüsse eine Öffentlichkeit mittels ihrer Veranstaltungen her?

CIA: Öffentlichkeit als Interessieren

Eine offensive Ausrichtung auf die Öffentlichkeit zeigt sich beim CIA-Ausschuss im Bemühen und sogar ‚Buhlen‘ um Aufmerksamkeit. Der CIA-Ausschuss untersuchte für das Europäische Parlament (EP) die „behauptete Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen“ (Untersuchungsauftrag „P6_TA(2006)0012“ vom 18.01.06). Das EP reagierte damit auf verschiedene Enthüllungsberichte der internationalen Presse (z.B. Washington Post, 02.11.05: A01) und auf Gerichtsverfahren zu Entführungsfällen (z.B. in Mailand und München).

Der Ausschuss war aus Vertretern der politischen Fraktionen des EP zusammengesetzt und tagte insgesamt 25 Mal in unregelmäßigen Abständen. In Ermangelung rechtlicher Zwangsmittel versuchte das EP mithilfe des Ausschusses die ‚außerordentlichen Überstellungen‘ als Verstöße gegen das europäische Gemeinschaftsrecht und so seine Zuständigkeit für das Thema zu prüfen (vgl. Geschäftsordnung des EP, Anlage VIII, Art. 1 und 2). Es ging nicht vordringlich um das Aufdecken neuer, bisher verborgener Fakten, sondern um das Sammeln, Ordnen und Bündeln von ‚verstreuten‘ Informationen in Zusammenarbeit mit Vertretern verschiedener Institutionen, Fachleuten und Betroffenen. Angeknüpft wurde an öffentliche Spekulationen zum Thema. Dementsprechend gestalteten sich die Befragungen entlang thematischer Blöcke. Es entspann sich ein ausschweifender und sprunghafter Austausch von Hinweisen, Beurteilungen und Meinungen zwischen „Gästen“ und „Gastgebern“ (vgl. Scheffer et al. 2008).

Zur Herstellung von Transparenz lud der Ausschuss die Presse zu den Befragungen ein. Auf einer eigens eingerichteten Webseite³ wurden die Protokolle der Befragungen in den Sprachen aller Mitgliedsländern zur Verfügung gestellt. Die Presse wurde zudem auf 14 Pressekonferenzen sowie durch eine Pressesprecherin informiert.⁴ Neben den Pressemitteilungen des EP stellte der CIA-Ausschuss eigene Informationen zu fast allen Befragungstagen ins Netz. Diese Informationen sind im Stil journalistischer Berichte verfasst: es wird zitiert; es kommen kritische Stimmen zur Ausschussarbeit zu Wort; es wird auf weitere Veranstaltungen hingewiesen (z.B. Pressekonferenzen, ausstehende Befragungen und Delegationen). Dabei adressiert der CIA-Ausschuss gezielt die nationalen Öffentlichkeiten der EU-Mitglieder, indem er bspw. die jeweiligen sprachlichen Versionen auch auf nationale Relevanzen zuspitzte.

Der CIA-Ausschuss präsentiert sich so als einheitliche Veranstaltung. Er veröffentlicht zunächst all das, was für seine Ermittlungen von Belang ist. Mit seinen auf Kooperation ausgelegten Recherchen erfasst der Ausschuss Wissensbestände ganz unterschiedlicher Qualität und Quellen. Der Ausschuss bündelt die versprengten Ermittlungen über die CIA-Aktivitäten

3 http://www.europarl.europa.eu/comparl/tempcom/tdip/default_en.htm (18.8.2009).

4 Teilweise wurden der Presse Informationen auch vorab zur Verfügung gestellt. Verschiedene deutsche Zeitungen zitierten die Aussage des Rechtsanwalts Stephen Olesky anhand seines vorab schriftlich eingereichten Berichts. Der Berichterstatter Claudio Fava stellte den vorläufigen Abschlussbericht des Ausschusses der Zeitung „Il sole – 24 ore“ (26.11.06: Sektion „Politica e Società“) vorab zur Verfügung.

gleich einer Clearingzentrale. Er etablierte sich als Plattform für einen transnationalen Diskurs – wobei die Wertigkeit einer solchen Untersuchung unter den Beteiligten bis zuletzt umstritten bleibt.⁵ So bewertet der Abschlussbericht weniger die Faktenlage, als die erreichte und teils sabotierte Kooperation. Zum Sachstand wird auf die Anlagen verwiesen.

Visa: Öffentlichkeit als Inszenieren

Im Gegensatz zum CIA-Ausschuss konnte der Visa-Ausschuss des Deutschen Bundestags von vornherein von einem starken Medieninteresse ausgehen. Schon vor der Diskussion um seine Einsetzung hatten sich Gerichte und im Anschluss daran die Medien dem Themenspektrum „Visummissbrauch“, „grenzüberschreitende Kriminalität“ und „Zuwanderungspolitik“ gewidmet. Die Öffentlichkeit musste für den Ausschussgegenstand nicht mehr interessiert werden.

Der Visa-Ausschuss untersuchte auf Initiative der Opposition die Visa-Vergabepraxis der rot-grünen Bundesregierung ab 1998. Der Ausschuss befragte über fast ein halbes Jahr hinweg insgesamt 55 Zeugen und drei Sachverständige im wöchentlichen Rhythmus.⁶ Die Definition des Untersuchungsgegenstands sowie die Bestimmung der Reihenfolge und des Umfangs der Zeugenvernehmungen erfolgten durch die Ausschussmitglieder, die von den Fraktionen proportional zu ihren Fraktionsstärken gestellt wurden. Neben der Sachaufklärung entwickelte sich im Visa-Ausschuss eine Debatte um die Grundausrichtung der Sicherheits- und Einwanderungspolitik. Ins Zentrum rückte die Beurteilung politischer Entscheidungen und Verantwortung.

Während der CIA-Ausschuss gegenüber der Presse als Einheit auftrat, wurden diese hier in erster Linie von den Konfliktparteien (z.B. dem Auswärtigen Amt) und den Obleuten der Fraktionen informiert.⁷ Letztere hielten nach den Ausschusssitzungen regelmäßig Pressekonferenzen ab, in denen sie die Geschehnisse aus ihrer Sicht kommentierten.

In der Selbstdarstellung des Visa-Ausschusses spielte das Fernsehen eine Schlüsselrolle. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurden Live-Übertragungen aus einem Untersuchungsausschuss zugelassen. Der Ausschuss debattierte im Vorfeld, ob die Zulassung der Kameras sachdienlich sei, wer von dieser profitiere und wem die Live-Übertragung erspart werden solle. Rahmen und Grenzen der Aufzeichnungen wurde von einer eigens eingesetzten Unterkommission des Ausschusses abgesteckt.⁸ Die Live-Aufnahmen des Parlamentsfernsehens beschränkten sich auf die Befragungen der drei prominenten, medienerfahrenen Zeugen: Fischer, Volmer und Schily. Als möglicherweise „politisch Verantwortliche“ standen sie im Zentrum des öffentlichen Interesses: nur ihnen wollte man diese Zurschaustellung zumuten.

In der Live-Übertragung fand die Untersuchung denn auch ihren medialen Höhepunkt. Die Live-Schaltung ermöglichte es den Teilnehmern, sich selbst in Szene zu setzen. Sie adressierten das Fernsehpublikum direkt und warben um Zustimmung und Verständnis. Damit rückten die prominenten Zeugen weiter in den Vordergrund. Der politische Charakter des Ausschusses

5 Vgl. die Äußerungen von Cem Özdemir (taz, 13.05.06: 12), Giulio Chiesa (taz, 11.08.06: 3) oder Jas Gawronski (La Stampa, 13.02.07: 35).

6 Vgl. zu den Protokollen des Visa-Ausschusses http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/059/CD_UA_2/Inhalt_2.pdf (19.8.2009).

7 So berichten verschiedene Zeitungen, dass Sprecher des Auswärtigen Amtes Journalisten noch während der Sitzungen „die richtige Lesart unbotmäßiger Fakten“ geliefert hätten (Welt, 07.04.05: 8). Pressekonferenzen des Ausschusses gab es hingegen nicht. Die wenigen Pressemitteilungen des Ausschusses befassten sich mit den Regelungen der Live-Übertragungen; vgl. <http://www.bundestag.de/aktuell/presse/2005/index.html> (18.8.2009).

8 Vowe (2006: 440) führt den Visa-Ausschuss als Beispiel für die Einführung „telegener Regeln“ in der mediatisierten Politik an.

wurde gegenüber der Sachaufklärung noch verstärkt. In seiner Ausrichtung inszenierte sich der Visa-Ausschuss als Bühne der ‚großen Politik‘ und gewann so Züge eines öffentlichen Tribunals und Spektakels.⁹

Hutton: Öffentlichkeit als Verfahrenstransparenz

Im Fall der Hutton Inquiry wurde öffentliche Aufmerksamkeit nicht gesucht oder geschaffen, sondern vielmehr bedient. Der Ausschuss befasste sich im Auftrag der damaligen Labour-Regierung über sieben Monate hinweg mit der Aufklärung der Umstände des Todes von Waffeninspektor David Kelly (vgl. Letter of appointment, 24.07.03). In beinahe täglichen Sitzungen, z.T. mit Befragungen von Augenzeugen und Beteiligten im Stile ‚dramatischer‘ Kreuzverhöre, sollten die Handlungen identifiziert werden, die zu Kellys Selbstmord geführt oder beigetragen haben.

Wie beim Visa-Ausschuss, so war auch hier bereits im Vorfeld das mediale Interesse groß. Medienvertreter waren entsprechend zugelassen, wurden aber kaum gesondert adressiert. Der Ausschuss hielt nur zu Beginn und Ende der Untersuchung Pressekonferenzen ab. Er veröffentlichte keine Einschätzungen zur Sachlage oder zur Glaubwürdigkeit von Zeugen. Informationen wurden über zentrale Dienste zur Verfügung gestellt, insbesondere über eine Website,¹⁰ auf der Interessierte zeitnah Transkripte und Dokumente abrufen konnten. Die Medienvertreter blieben auf die Rolle einer ‚overhearing audience‘ beschränkt.

Ein ‚souveräner‘ Öffentlichkeitsbezug zeigt sich auch in der internen Diskussion um die Zulassung von TV-Berichterstattung. Eine solche wurde gleich durch mehrere Fernsehanstalten beantragt. Eine Presseberichterstattung, so die Begründung, sei nicht im selben Maße in der Lage, ein ‚neutrales‘ und ‚vollständiges‘ Bild zu zeichnen. Dies sei gerade wegen des hohen öffentlichen Interesses und der Tragweite der Untersuchung nötig. Der Vorsitzende, Lord Hutton, brachte die umgekehrte Befürchtung zum Ausdruck: die Kamera könne Zeugen einschüchtern und sie davon abhalten, sich ‚frei‘ zu äußern. Auch berge die Fernsehübertragung die Gefahr, dass Aussagen verschiedener Zeugen aufgrund medialer, nicht sachlicher Erwägungen verschieden gewichtet werden.

Durch die Beschränkung auf eine mittelbare Presseberichterstattung konnte sich das Verfahren ein hohes Maß an Autonomie und Informationskontrolle sichern. Die Berichterstattung war allein auf das Medium der Schrift verwiesen – wie das Verfahren, das selbst nur mittels schriftlicher Protokolle und Dokumente prozessierte und erinnerte. Alle öffentlich zugänglichen Unterlagen waren zugleich Prozessdaten des Verfahrens selbst. Auf diese Weise wurde öffentliche Transparenz und Nachvollziehbarkeit zelebriert und auf diese Weise das Verfahren legitimiert. Der Öffentlichkeit wurde Gelegenheit geboten, die Zuschreibung von persönlicher Verantwortung nachzuvollziehen und zu bewerten.

Zusammenfassung: Alle drei Untersuchungen stellen sich auf die Präsenz und das Interesse der Medien ein und versuchen diese zu nutzen. Sie werden als öffentliche Veranstaltungen inszeniert und aufgeführt. Allerdings findet sich hier ein gehöriges Maß an Varianz. Während die Hutton Inquiry vor allem Nachvollziehbarkeit anstrebt, bemüht sich der CIA-Ausschuss um öffentliche Aufmerksamkeit und Beteiligung. Im Visa-Ausschuss wiederum sind es vor allem die Konfliktparteien, die Öffentlichkeitsarbeit als Überzeugungsarbeit bzw. politische Mobilisierung betreiben. Diese unterschiedlichen ‚public relations‘ verweisen, so unsere Hypothese, auf eine Eigenlogik der Untersuchungen als Verfahren auch in Bezug auf ihre Veröffentlichung.

9 In der Literatur finden sich Vergleiche der Live-Übertragung der Befragung Fischers mit TV-Gerichtssendungen (Epping-Jäger / Jäger 2007) sowie mit der Show ‚Big Brother‘ (Köhler 2005).

10 <http://www.the-hutton-inquiry.org.uk> (18.8.2009).

3. Realitätsmarker in der Berichterstattung

Wenden wir uns in einem zweiten Schritt den Medienberichten zu¹¹ und fragen, wie sich diese an die jeweilige Veranstaltung anbinden. In diesem Analyseschritt suchen wir nach Verankerungen der Berichte im jeweiligen Ausschussgeschehen. Verankerungen identifizieren den Bericht als Bericht eines singulären Geschehens. Hierzu bedienen sie sich Realitätsmarkern wie Angaben zu Ort und Zeit der berichteten Sitzung oder verschiedener atmosphärischer Hinweise auf das Ereignis. Die Verankerungen fallen je nach der Eigenheit des Verfahrens unterschiedlich aus, etwa aufgrund der Rhythmen oder der Personifizierung der Untersuchung.

CIA: Statements verorten

Während die CIA-Aktivitäten die Presse im Allgemeinen sehr beschäftigten, blieb das Presseecho auf den Ausschuss gering.¹² Die Presse berichtete selten von Ausschusssitzungen und den dortigen Befragungen. Eine mögliche Erklärung: wegen der diskontinuierlichen Taktung bietet der CIA-Ausschuss keine spannende Fortsetzungsgeschichte.¹³ Zudem offeriert die Untersuchung wegen ihrer Ausrichtung auf das Zusammentragen schon bekannter Informationen kaum ‚News‘.

Der Ausschuss etabliert sich nicht selbst als Thema, sondern bleibt an das größere Themenfeld der CIA-Aktivitäten gebunden. In diesem Zusammenhang wird er als Nebenschauplatz immer wieder angeführt. So wird z.B. in einem Artikel zu einem Bericht im Europarat auch auf den Ausschuss des EP verwiesen:

The report follows up similar accounts from the European Parliament and the Council itself. (New York Times, 08.06.06: 8)

Der Beitrag des CIA-Ausschusses für die Presseberichterstattung liegt weniger in der Informationsgewinnung oder der Dramatik als vielmehr darin, dass er selbst als Realitätsmarker für zirkulierende Vermutungen fungiert. Nicht das Ausschussgeschehen selbst wird thematisiert, sondern Aussagen über den Ort ihres Auftretens ‚autorisiert‘, d.h. die verschiedenen Quellen werden mit Autorität bzw. Gewicht versehen. Die Nennung des Ausschusses bestätigt, zusammen mit anderen Untersuchungen und Verfahren zum Thema das Vorliegen einer Thematik.¹⁴ Der CIA-Ausschuss wird zur Vergewisserung für Vorkommnisse: nicht der CIA-Flüge und der illegalen Inhaftierungen, sondern der Behauptung derselben. Der Ausschuss markiert den ‚realen Ort‘, an dem bestimmte Personen offizielle Aussagen tätigen bzw. etwas zu Protokoll geben, wie z.B. im folgenden Zeitungsbericht:

Anwälte der von der CIA entführten Gefangenen aus Deutschland haben im CIA-Ausschuss des Europaparlaments erklärt, ... (taz, 15.09.06: 1)

11 Die Analyse bezog Berichte folgender Tageszeitungen ein: Für die Hutton Inquiry: Guardian, Independent, Sun, Times; für den CIA-Ausschuss: Frankfurter Rundschau (F.R.), Guardian, Il sole – 24 ore, La Stampa, New York Times, Süddeutsche Zeitung (SZ), Tageszeitung (taz), Times, Washington Post, Welt; für den Visa-Ausschuss: FR, taz, Welt. Bei der Auswahl der Zeitungen wurde versucht, das gesamte politische Spektrum der jeweiligen Medienlandschaften durch möglichst bedeutende Zeitungen abzudecken. Sie erfolgte außerdem nach der Verfügbarkeit der Texte in elektronischen Datenbanken (genutzt wurde „Lexis Nexis“) und in Sprachen, die von den Autoren hinreichend beherrscht werden (deutsch, englisch, italienisch).

12 Diese geringe Presseresonanz ist natürlich auch dadurch bedingt, dass politische Geschehnisse auf EU-Ebene im Allgemeinen weniger mediale Aufmerksamkeit finden. Für unsere Argumentation ist aber die Menge der Berichte nicht ausschlaggebend, sondern ihr Form.

13 Vgl. Galtung / Ruge (1965) zu „continuity“ als Nachrichtenfaktor.

14 Diesem Zweck scheinen auch die wenigen Berichte zu dienen, die sich mit dem Ausschuss, seiner Aufgabe und seiner Glaubwürdigkeit ausführlicher beschäftigen. Auch hier wird er als real existenter Ort vorgeführt, auf dem die allgemeine Berichterstattung aufbauen kann.

Die Statements in dieser Veranstaltung fungieren als News und halten ein Thema ‚am Köcheln‘. Der Ausschuss ist für die Medien eine Gerüchteküche neben anderen.

Hutton: Ereignisse nacherleben

Im Unterschied zum CIA-Ausschuss versorgt die Hutton Inquiry die Presse laufend mit neuen Informationen. Die Untersuchung selbst bindet mediale Aufmerksamkeit. Sie wird herausragendes Pressthema.

Die Medienberichte betonen die Anwesenheit des Berichterstatters vor Ort. Dies geschieht durch eine detaillierte Beschreibung der lokalen Vorgänge, der Atmosphäre, der Protagonisten usw. Die Artikel schmücken ihre Berichte mit ‚Beiläufigkeiten‘ und ‚unmittelbaren Eindrücken‘ aus, die die Veranstaltung für die Leser nacherlebbar machen. So führt die Beschreibung der Interventionsituation den Gerichtsaal als konkreten Schauplatz ein:

Strange that New Labour [...] should come to its reckoning here in Court 73, beneath buzzing strip lights and teak furniture. [...] So humdrum is the venue ... (Guardian, 13.08.03: 5)

Ähnlich einer Kamera zoomen Berichte von der Situationsperipherie auf das Ereignis-Zentrum. Es werden solche Details eingeflochten, die unstrittig – weil für das Verfahren selbst nebensächlich und irrelevant – sind. Die Farbe der Krawatte, die Frisur, die Augenringe eines Beteiligten, die dargereichten Erfrischungen etc. spielen selbst keine tragende Rolle und können gerade deshalb, als Indizien, die ‚harten Fakten‘ im Bericht beglaubigen. Nebenaspekte werden zu Symptomen der aktuellen Lage:

Even the day's first witness, Andrew Gilligan, melted into the room before proceedings began [...]. For all the day's initial anticlimaxes, though, there was no shortage of dramatic irony. (ebd.)

Neben den obligatorischen Raum- und Zeitmarkern („Yesterday at the Hutton Inquiry“) flankieren prosaische Elemente die Berichterstattung. Aus den öffentlich verfügbaren Transkripten werden Kammerspiele, bezeugt von Reportern, die es ‚mit eigenen Augen‘ gesehen haben. Dieses Stilmittel erinnert an den Fernsehreporter, der vor Ort (z.B. Whitehall) platziert wird und mit dieser Präsenz Informiertheit und Authentizität demonstriert. Der ‚Realitätsüberschuss‘ verankert den Bericht im Geschehen. Zugleich eröffnet er Deutungsspielräume: Die triste Einrichtung des Sitzungssaals, ‚verhöhnt‘ die Tragweite der Untersuchung und die Stellung der Untersuchten; Auftreten und Stimme des Zeugen erlauben erste Rückschlüsse auf ‚Nervosität‘ und ‚Ehrlichkeit‘.

Visa: Dabei sein

Dieses Stilmittel - Verankerung qua Detailliertheit - wird mit der Fernsehübertragung hinfällig. Die Live-Schaltung ist auf den ersten Blick die umfassendste Variante der Verankerung. Das Ereignis wird als Ganzes zum Realitätsmarker: alles ist genau so, wie es sich darstellt! Allerdings birgt die Live-Übertragung das Risiko, das Ereignis selbst zur Inszenierung zu degradieren. So unterlaufen Adressierungen der Fernsehzuschauer durch einen Verfahrensteilnehmer deren Normalitätsunterstellung eines authentischen und eigenständigen Geschehens. Auf dem Bildschirm wird der Untersuchungsausschuss als spezifischer Rahmen jenseits der Übertragung gesondert markiert: etwa durch die Einblendung des „live“, von Kontextinformationen („Joschka Fischer, Außenminister“) oder eines Tickers zum ‚Stand der Dinge‘. Vor dem Hintergrund der Live-Übertragung sind gerade derlei Distanznahmen wichtig zur Wahrung einer Dokumentationsfunktion.

In den Zeitungsberichten am Tag danach wird das Ereignis durch das Stilmittel der ‚erlebten Rede‘ verankert. In der Literatur wird damit die besondere Lebendigkeit und Nähe zum Innerenleben der Protagonisten ausgedrückt. Der Bericht begibt sich in den ‚Gedankenstrom‘ des Rhetors und seines Publikums.

Fischer (...) nimmt die Zuhörer mit nach Lagos, nach Abu Dhabi, nach Pristina und nach Warschau. Überall ist es „schwierig“, überall gab und gibt es „Probleme“, überall ein Meer von Kontext. Fischer zieht eine direkte Linie vom Mauerfall bis zum Winter 2004: Es gebe „einen faktischen Zusammenhang zwischen unserer Politik und der orangenen Revolution“ in der Ukraine. (Welt, 26.04.05: 3)

Der Bericht vollzieht eine Bewegung weg vom Gesagten hin zum Erlebten. Er vollzieht die Perlokution der Rede Fischers nach. Sie existiert fortan in ihrer Wirkung ‚auf uns‘. Der Zeitungsbericht überbietet die Live-Übertragung, indem er die Rede unter allgemeine Strategievorbehalte stellt. In dieser Weise erlangt der Bericht neue Deutungsspielräume. Der Zeitungsleser kann sich nun nicht nur den Sitzungssaal vorstellen: er wird selbst zum Insider, der kundig Relevanzen nachzuspüren und zu bewerten weiß.

Zusammenfassung: Die Presseberichte unterhalten jeweils spezifische Bindungen an die Veranstaltung. Durch Verankerungen und Marker realisieren die Berichte ihren Gegenstand in doppeltem Sinne: sie konstruieren ihn als real geschehene Referenz und bringen ihn als ‚Nachricht‘ für die Öffentlichkeit zur Aufführung. Sie nutzen und modulieren verschiedene Elemente der jeweiligen Situation und überbieten diese, indem sie auf einen weiteren Kontext (CIA-Ausschuss), auf situative Details (Hutton Inquiry) oder auf politische Beweggründe (Visa-Ausschuss) referieren. Diese Elemente werden durch den Gegenstand angeboten, aber im Sinne der Presselogik ausgewählt und fortgesponnen.

4. Zitieren als Übersetzungsleistung

In der Presseberichterstattung wird aber nicht nur das Ereignis verbürgt, sondern auch der Wahrheitsgehalt von Aussagen. Prototyp einer solchen Dokumentation ist das Zitieren, das nicht mit der bloßen Wiedergabe zu verwechseln ist. Es handelt sich vielmehr um einen Transfer von Einzelbausteinen aus dem Ereignis in einen neuen Zusammenhang. Der Transfer leistet die Neurahmung (Bergmann 1987). Wir wollen im Folgenden die Transfers genauer betrachten und vergleichen. Wie werden Aussagen in die Berichterstattung überführt und als Zitate verfügbar gemacht (vgl. Clayman, 1990)?

Hutton: Forensisches Zitieren

In den Berichten zur Hutton Inquiry werden Zitate zum tragenden Element. Der Vorsitzende geizt mit Einschätzungen zum ‚Stand der Dinge‘ und die Presse fokussiert auf das tagtägliche Ausschussgeschehen. Berichtet wird en detail von den ‚dramatischen Kreuzverhören‘. Anhand einer Gegenüberstellung von Anhörungsprotokoll und Zeitungsbericht zur Befragung des Radioreporters, Andrew Gilligan, wollen wir die journalistische Transferleistung nachvollziehen:

Q. There is an *e-mail* that has been shown to us at BBC/5/118. Can you tell us who this *e-mail* is from and to?

A. Yes, it is *from my editor, Kevin Marsh*, [...] to Stephen Mitchell.

[...]

Q. He says: „Some thoughts ... clearly I have to talk to AG early next week: [...] The guts of what I would say are: *This story was a good piece of investigative journalism, marred by flawed reporting*.

(Hearing Transcript, 12.08.03: 77, e.H.)

Wie in der Untersuchung, so sind auch im Times-Beitrag die Zeugenaussagen das tragende Element. Sie sind Produkt und Material der forensischen Befragung, deren Relevanz die Times nun nachzuvollziehen sucht. Zentral bleibt die Klärung von Schuld und Unschuld, die auch hier an Aussagen im Kreuzverhör festgemacht wird. Presseberichte selektieren vermeintlich verräterische, markante, aussagekräftige Stellen. Dabei zählt nicht die Form oder der Status der Eingabe (hier: einer Email), sondern deren Potential für die Schuldfrage. Der Bericht vollzieht das Kreuzverhör nach, wenn er von der Email-Formulierung auf einen Vorhalt schließt, zu dem Gilligan sich verhalten muss. Diese Verkettung hebt die Dramatik der Befragungssituation hervor. Zu diesem Zweck wird das ‚Original‘ vereindeutigt. Ein entsprechender Transfer findet sich im folgenden Beispiel:

Q. Does that support the reporting that you have set out at page 4?

A. Well, I think it is a reasonable conclusion to draw from what he said. But I have to say that with the benefit of hindsight, looking at it with a fine toothcomb, *I think it was not wrong what I said, but it was not perfect either* [...].

Q [...]

A [...] But I think, on reflection, I did not use exactly the right language. *It was not wrong, but it was not perfect either.*

(Hearing Transcript, 12.08.03: 73; e.H.)

Indem lediglich die letzten beiden Worte „nicht perfekt“ zitiert werden, kann Gilligans Einverständnis zum Geständnis stilisiert werden. Eine identische Potentialität peilt der Fragesteller an. Er schält eindeutige Gehalte aus relativ uneindeutigen Äußerungen. Die Zuspitzung wird im Bericht durch die Zuschreibung eines Sprechaktes („admitted“) erreicht (vgl. Bergmann 1987: 156ff.). Das Zitat wird deklariert: es wird angegeben, in welcher Weise es zu lesen ist (Clayman 1990).

Offensichtlich dient das Zitieren nicht der bloßen Übertragung des Gesagten. Es wird nicht kopiert, sondern gewogen. Geschluckt werden Relativierungen, Nuancen, Grautöne. Der Sprecher, Gilligan, wird dabei einer Reihe von Ausdrucksmitteln beraubt: er kann nicht mehr ‚glauben‘ oder ‚meinen‘. Alle Äußerungen erfahren diese Umwertung. Sie verhalten sich zur Frage der persönlichen Schuld.

Die Berichterstattung übernimmt und überformt gleichsam das Anklageschema, das der Hutton Inquiry zugrunde liegt. Die Zitate vermitteln Interaktionsdynamik und Entscheidungs-

Kevin Marsh, Mr Gilligan’s boss at the Radio 4 Today programme, *thought* Mr Gilligan’s report was “*good investigative journalism marred by flawed reporting*”.

(Times, 13.08.03: 9; e.H)

Andrew Gilligan *admitted* his use of language „*wasn’t perfect*“, when he suggested that the Government’s claim about Iraq deploying weapons in 45 minutes was wrong.

(Times, 13.08.03: 9; e.H)

findung für eine Leserschaft. Mit der Enteignung der Sprecher und der Vereindeutung der Aussagen wird das Geschehen auf die Entscheidung zwischen Schuld und Unschuld zugespielt. Die Berichte kopieren und dramatisieren damit die Ausrichtung der Untersuchung. Sie liefern täglich Anhaltspunkte über den Stand der Schuldfrage: „the case continues“.

CIA: Beiträge zum Thema

In den Berichten zum CIA-Ausschuss des EP kommen andere Übersetzungsregeln zum Einsatz. Zum Nachvollzug des Transfers beziehen wir uns auf eine Aussage des britischen Ex-Botschafters Craig Murray, über die tags darauf in drei deutschen Zeitungen (taz, FR, SZ) berichtet wird.

I believe it was certainly true that Germany was obtaining intelligence that was almost certainly obtained under torture by the Uzbek security services, and I believe that is still happening, although again that is from what I have been told.

(Verbatim Report en, 20.04.06, 4)

Craig Murray, ehemaliger britischer Botschafter in Usbekistan, sagte am Donnerstag vor dem CIA-Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlaments, Informationen aus Folterverhören seien nach seiner Überzeugung an den deutschen Geheimdienst geflossen. „Deutschland hat sicherlich auch Erkenntnisse von den Usbekenen bekommen, auch unter Folter gewonnene.“ [...] In Diplomatenkreisen hieß es, es sei nicht erkennbar, worauf Murray seine Vorwürfe stütze.

(FR, 21.04.06: 1)

Wie in der Hutton Inquiry geht es auch bei diesem Zitieren nicht um Wortgenauigkeit. Trotz derselben Quelle (dpa) wird die Aussage in den drei Berichten unterschiedlich wiedergegeben: in der SZ (21.04.06: 6) werden die Erkenntnisse nicht „sicherlich“ sondern „sicher“ gewonnen.¹⁵ Auf die eigentliche Relativierung („I believe“) wird ganz verzichtet. Zudem wird die Erweiterung („is still happening“) abgeschnitten. Das Zitat fasst eine ausschweifende Erzählung zusammen und verdichtet sie zu einer pointierten Einschätzung. Vor allem die Titel suggerieren Skandalträchtigkeit: „Erpresste Geständnisse“ (SZ) oder „Usbekistan soll Geheimdienst „unter Folter gewonnene Aussagen“ geliefert haben“ (FR). Als wesentlicher Bezug fungiert nun nicht etwa die Befragung oder gar eine Verhörfrage, sondern eine allgemeine Quellenangabe inklusive Name, Funktion und Ort.

Wie im Ausschuss selbst werden von der Presse Einschätzungen, nicht etwa Zeugenaussagen gesammelt. Zur Debatte steht ihre Fundierung, nicht die Schuld der Befragten. Dem entsprechend treten die Fragen in den Hintergrund. Die Presse kopiert und überbietet das Vorgehen des CIA-Ausschusses. Sie hält Informationen als Hinweise für weitere Spekulationen zur Verfügung¹⁶ und gleicht sie mit Hinweisen aus immer neuen Quellen ab (z.B. aus „Diplomatenkreisen“). Dafür werden in allen Zeitungen vor allem zusätzliche Stimmen angeführt: z.B. diese Kommentare zum vorläufigen Abschlussbericht:

“The committee’s report, from what we know so far, is not based on any strong proof but only commonly repeated assumptions, suspicions and probabilities,” Krzysztof Lapinski,

15 In der taz (21.04.06: 6) wird diese Aussage nur indirekt zitiert: „Dabei habe Deutschland „sicherlich“ auch Aussagen erhalten, die unter Folter entstanden sind.“ Nur das „sicherlich“ wird als „Original“ hervorgehoben und markiert so den Inhalt der Aussage als Vermutung.

16 In diesem Sinne könnte man die Zitate der Berichte zum CIA-Ausschuss mit Ermittlungsakten vergleichen, die Hinweise und Verdachtsmomente sammeln, die von einem ordentlichen Gericht aber noch auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft und bestätigt werden müssen.

spokesman for Poland's minister for special services, told the Associated Press in Warsaw. (Washington Post, 29.11.06: A14)

Sarah Ludford, a Liberal Democrat MEP and vice-chair of the European parliament's committee, said last night: „If the EU's aspirations to be a 'human rights community' have any meaning whatsoever, there must now be a forceful EU response to this strong evidence that the CIA abducted, illegally imprisoned and transported alleged terrorists in Europe while European governments, including the UK, turned a blind eye or actively colluded with the United States.“ (Guardian, 29.11.06: 4)

Über Einschätzungen innerhalb und außerhalb des Ausschusses stellt die Presse eine Verbindung her zur allgemeineren gesellschaftlichen Debatte um die „globale CIA-Willkür“. Sie verknüpft Ergebnisse aus den parallel laufenden Untersuchungen thematisch, wobei vor allem nationale Belange die Auswahl der Einschätzungen leiten.¹⁷ Der Ausschuss stellt dafür wichtige Amtsträger und Experten zur Verfügung und gewinnt durch sie an öffentlicher Aufmerksamkeit. Sie versichern zusammen mit dem institutionellen Rahmen ein Maß an Wirksamkeit und Nützlichkeit der Untersuchung für die Presse und garantieren die Relevanz des Themas. Wie der Ausschuss, so führt seine Presse die verschiedenen Recherchen zusammen¹⁸ und spinnt vermittels zirkulierender Hinweise weiter an den „großen Zusammenhängen“.

Visa: Charakterisierendes Zitieren

In den Zeitungsberichten zum Visa-Ausschuss finden sich häufiger indirekte Zitate oder berichtende Reformulierungen des Gesagten. Betrachten wir eine längere Passage zum Fischer-Auftritt im Protokoll (19. Sitzung am 25.04.05) und in der taz vom Folgetag:

Zeuge Fischer: [...] Aber die Entschuldigung war nichts wert, weil die Kampagne von CDU und CSU exakt auf dieser Linie weitergeführt wurde und weitergeführt wird. Dies ist niederträchtig. Dies hat nichts mit Sachaufklärung zu tun. (S. 3) [4]

Zeuge Fischer: [...] Jeder Einzelfall ist bei diesen furchtbaren Verbrechen zu viel. Aber es ist infam, es ist nichts als infam, daraus gegenüber unserer Politik einen politischen Vorwurf zu machen. Ich möchte dies nochmals unterstreichen, zumal es in der Sache nicht gerechtfertigt ist. (S. 4) [4]

Zeuge Fischer: [...] Die Entscheidungen der Arbeitsebene und die Berichte über systematische kriminelle Aktivitäten erreichten mich nach meinen Erinnerungen nicht. [...] Ich hätte früher informiert – und früher eingreifen müssen. Das ist mein Versäumnis, das ist mein Fehler als verantwortlicher Ressortminister. Diesen Fehler muss ich mir vorhalten, ich halte ihn mir selbst vor und

„Ich hätte früher informiert [sein] und früher eingreifen müssen. Das ist mein Versäumnis“ [1], sagte Fischer am Montag in der live vom Fernsehen übertragenen mehrstündigen Aussage vor dem Untersuchungsausschuss. Auf Fehler seiner Mitarbeiter angesprochen, weigerte sich der Minister, „konkrete Schuldzuweisungen“ vorzunehmen. [2] Auch für die Versäumnisse seiner Mitarbeiter stehe er gerade. Als Fischer gefragt wurde, welche konkreten Folgen dieses Schuldeingeständnis nach sich ziehe, antwortete er: „Verantwortung zu übernehmen heißt, die Dinge besser zu machen.“ [3] Wenn die Union seine Ablösung betreiben wolle, müsse sie einen Antrag auf seine Entlassung im Bundestag stellen. Der Opposition insgesamt warf der Außenminister „infames und niederträchtiges“ [4] Verhalten vor, weil sie den Visa-

17 So beschränken sich die Artikel zu Murrays Aussage nur auf Deutschland, wobei sowohl taz als auch „Die Welt“ ihre Berichte in der Sparte „Inland“ bzw. „Innenpolitik“ führen und sie dort in einen Zusammenhang mit dem deutschen BND-Ausschuss stellen.

18 Die Zeitungen äußern sich hier nicht in der Form vorverurteilender Kommentare.

ich muss ihn mir vorhalten lassen. (S. 25)-[1]

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Also: [...] Was waren die Fehler Ihrer Mitarbeiter? Jetzt haben Sie sich ja Klarheit verschafft.

Zeuge Fischer: Also, ich möchte hier keine *Schulduweisungen im Einzelnen* vornehmen. Darum geht es mir gar nicht. Auch für Fehler meiner Mitarbeiter habe ich geradezustehen. Ich kann nur sagen: Ich unterstelle niemandem – [...] (S. 31)-[2]

Reinhard Grindel (CDU/CSU): [...] Wenn es organisatorische Mängel gibt, dann muss man sie abstellen. Aber das, was da schiefgelaufen ist, hat ja in vielen Bereichen Konsequenzen gehabt. Was heißt für Sie „Verantwortung übernehmen“?

Zeuge Fischer: Schauen Sie: „*Verantwortung übernehmen*“ heißt *in dem Fall wirklich, die Dinge besser zu machen*, gerade in diesem schweren Spannungsverhältnis. „Verantwortung zu übernehmen“ heißt hier auch, sich dem Ausschuss nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsmäßig zu offenbaren. Sie wollten wissen, wer wofür verantwortlich ist. [...]. Der Rest, das ist wirklich eine politische Auseinandersetzung. [...] (S. 69)-[3]

Das erste Zitat des Berichts [1] entstammt dem Eingangsreferat Fischers (Protokoll: 25), das zweite [2] dem Beginn der eigentlichen Befragung (Protokoll: 31). Das dritte wörtliche Zitat [3] rekurriert auf eine spätere Frage an Fischer durch ein Ausschussmitglied der FDP (Protokoll: 69). Das vierte Zitat [4] schließlich geht auf Äußerungen zurück, die Fischer noch vor seinem Eingangsreferat zur Sachlage als „Vorbemerkungen“ gemacht hatte (Protokoll: 4 und 3). Die Chronologie der Befragung wird zugunsten der ‚Story‘ aufgebrochen. Die im ersten Zitat noch akribisch und unter Einhaltung geradezu wissenschaftlicher Sorgfaltsgesetze gepflegte Präzision des Zitierens wird im weiteren zugunsten einer Zusammenfassung und Neuordnung des Gesagten aufgegeben. Schließlich werden zwei Äußerungen zu *einem* Zitat zusammengefügt [4]. Die Zitate bleiben eng an die aussagende Person gebunden, die sich auch in der Befragung zu bewähren hat (Clayman, 1990). Der Bericht zeichnet ein prägnantes Porträt von Fischer, der sich ‚in seiner typischen Art‘ als politisch-charismatische Persönlichkeit vor dem Ausschuss ‚schlägt‘.

Die Performance des Polit-Stars steht auch im Mittelpunkt der Veröffentlichung. Die Presse ergänzt die Live-Übertragung der Sitzungen. Die Live-Übertragung macht die einzelnen Teilnehmer zu Publizisten in eigener Sache. Sie garantiert die Zirkulation ihrer Beiträge. Der Auftritt wird zum Medienspektakel, das zugleich persönlich und öffentlich ist.¹⁹ So kann sich Fischer inszenieren, indem er die Debatte um die Verantwortlichkeiten seiner Mitarbeiter auf

missbrauch zu Wahlkampfzwecken skandalisieren.

(taz, 26.04.05: 3)

19 Entsprechend ist in den Printmedien zu lesen, dass Fischer es zu nutzen wusste, dass seine Rede ohne Kürzung übertragen wurde (vgl. FR, 26.04.05: 18).

eine abschließende Formel bringt: „Schreiben sie hier rein: Fischer ist schuld“ (Protokoll 19. Sitzung am 25.04.05: 32). Solche Äußerungen werden zum ‚testimony‘ zu einer Aussage über den zitierten Sprecher.

Zusammenfassung: Der mikrosoziologische Vergleich der Berichterstattung zu den drei Untersuchungsausschüssen zeigt, dass mit dem Werkzeug des Zitierens eine besondere Transferleistung erbracht wird. Es lassen sich Standardformen des Zitierens identifizieren, die jeweils Eingeständnisse (Hutton Inquiry), Einschätzungen (CIA-Ausschuss) oder Selbstdarstellungen (Visa-Ausschuss) betonen. Zitate bürgen nicht nur für die Authentizität von Nachrichten, sondern eröffnen der Presse neue Deutungsspielräume. Die Wahl der Zitierformen folgt dabei aber nicht einfach einer vermeintlich allgemein gültigen Presselogik. Vielmehr bleiben sie an die spezifischen Diskurspraktiken und Ausrichtungen der jeweiligen Verfahren gebunden: sie überformen diese und überführen sie in eine öffentliche Debatte.²⁰ Die Berichte zur Hutton Inquiry vollziehen die Dynamik der forensischen Befragung nach und trimmen sie auf die Frage von Schuld und Unschuld. Die Berichte zum CIA-Ausschuss sammeln Hinweise zum Thema, über deren Tragfähigkeit weiter spekuliert werden kann. Die Berichte zum Visa-Ausschuss hingegen verfolgen Versuche der Festlegung politischer Verantwortung. Zitiert werden hier entsprechend Selbst- und Fremdzuschreibungen von Verantwortlichkeit.

5. Die weitere Zirkulation von Zitaten

Im Weiteren entheben die Presseberichte das Geschehen von seiner konkreten Gebundenheit an Ort und Zeit und kreiert Elemente, die im weiteren Mediendiskurs zu zirkulieren vermögen (vgl. Latour 2002). Ausgehend vom Transfer der Ausschussbeiträge werden Zitate zum Material für mediale Neurahmungen. Neben den Prozessdaten der Ausschüsse erwächst ein öffentliches Gedächtnis in den Medien, an das zukünftige Debatten anknüpfen und von dem sie zehren können. Eine zentrale Ressource dieser Formierung sind Aussagen, die zu ‚geflügelten Worten‘ kondensiert werden. Diese fungieren als Symbole für vielfältige Zusammenhänge und erreichen zuweilen allgemeine Bekanntheit. Sie finden ohne Herkunftsvignette, ohne Ursprungssangabe mannigfache Verwendung. Grundlage für dieses Abheben ist dabei das Zitat, wie es in der Presse berichtet wurde, nicht der Ausschussbeitrag selbst. Mit anderen Worten: das mediale Gedächtnis stellt den Fundus, aus dem Symbole aufsteigen und verschiedene Mediendebatten speisen. Das Abheben markiert empirisch den Umschlag hin zu einer Selbstbezüglichkeit der Medien.

Visa: ‚Der Fischer war es‘

Als paradigmatisches Beispiel für ein solches Abheben des gesprochenen Wortes kann die bereits erwähnte Äußerung Fischers („Schreiben sie ...“) dienen. Sie trat zuerst im Kontext eines Schlagabtauschs mit dem Ausschussvorsitzenden auf:

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Ich halte fest: Ihre Mitarbeiter haben auch Fehler gemacht; aber Sie können uns nicht sagen, welche, und nicht sagen, welcher Mitarbeiter.

Zeuge Fischer: Nein, so halten wir das nicht fest, sondern wir halten das so fest, wie ich Ihnen das gerade gesagt habe.

Vorsitzender Dr. Hans-Peter Uhl: Sie können also nicht sagen, welcher Mitarbeiter Fehler gemacht hat?

20 Als Gegenkontrolle dieser Behauptung könnte man sich die Frage stellen, ob man von unseren Untersuchungsausschüssen auch anders berichten könnte, ohne damit an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Zeuge Fischer: Nein, sondern das ist sozusagen ein allgemeiner Hinweis gewesen. Die Verantwortung liegt bei mir. Schreiben Sie hier rein: Fischer ist schuld.
(Heiterkeit)
(Protokoll 19. Sitzung am 25.04.05: 32)

Bereits am Tag nach der Sitzung erscheint Fischers Äußerung als Überschrift auf der Titelseite der „Welt“ (26.04.05: 1; s. auch taz, 26.04.05: 3). Hier wird sie in einen neuen Äußerungskontext transferiert. Das Zitat erhält eine neue Funktion: es repräsentiert die gesamte Zeugenaussage, wie in der Unterzeile der „Welt“ deutlich wird. Allerdings bleibt es auch in dieser Funktion noch an die Ausschusssitzung gebunden (vgl. taz, 16.07.05: 4; Berliner Zeitung, 08.09.05: 5). Als eines der „Zitate des Jahres“ (Welt, 31.12.05: 3) wird es dann allein mit Verweis auf Autor und Anlass gerahmt. Seine Verwendung in einer Zusammenstellung unterschiedlicher politischer Äußerungen zeigt bereits sein ‚Abheben‘.

Die Entkleidung vom originalen Kontext schreitet weiter voran. Es wird zur „Floskel“ (Welt, 23.05.05: 8), die für eine allgemeine Antwortstrategie steht, für eine Leerformel des ‚mea culpa‘. Von Kommentaren zu den Auftritten Fischers und Schilys vor dem Visa-Ausschuss (FR, 18.07.05: 3) über Berichte zu Steinmeiers Auftritt vor dem BND-Ausschuss (taz, 27.01.07: 3) bis hin zu einem Bericht über den ARD-Programmchef Struve (Spiegel, 06.08.07: 72) nutzen die Medien das Zitat als Referenzfolie für das Verhalten ‚Verantwortlicher‘.

In einer weiteren Verwendungslinie wird das Zitat zum Symbol der Person und der Biographie Fischers. „Fischer ist schuld. Das hat er selbst reingeschrieben“, beginnt die „Welt“ (04.10.07: 3) einen Bericht zur Autobiographie Fischers. Sie bezieht sich dabei allerdings auf Fischers Beitrag zur Übernahme des SPD-Vorsitzes durch Gerhard Schröder. Das Zitat ist hier bereits als Schlagwort ins kulturelle Gedächtnis eingegangen. Die Anspielung genügt, um ein komplexes Image aufzurufen.²¹

Gleichwohl bleibt eine gewisse Rückbindung des Zitats an den Visa-Ausschuss erkennbar. Die Personifizierung war bereits im Verfahren angelegt: in der dramaturgischen Zuspitzung auf den prominenten Zeugen (Scheffer et al. 2010), im Star-Auftritt Fischers vor Live-Kameras und nicht zuletzt in der Durchführung der Befragung selbst, die sich der Prominenz des Zeugen nicht erwehren konnte.

Hutton: ‚Not perfect‘

Die Berichterstattung zur Hutton Inquiry bleibt zumindest für die Dauer derselben eng an die Untersuchung gebunden. Die dramatische und dynamische Suche nach Details lässt kaum Raum für Ausschweifungen und Spekulationen. Trotzdem finden sich auch hier Zitate, die eine weitere Karriere in der Presse absolvieren. Eine solche lässt sich an der schon eingeführten Aussage Gilligans „It was not wrong (what I said), but it was not perfect either“ nachvollziehen.

Im Sinne der Untersuchung auf ein Schuldbekenntnis getrimmt, bleibt das Zitat für die Presse auch nach Tagen noch aussagekräftig. Es wird wiederholt aufgerufen. So listet der Guardian in der Zusammenfassung am Ende der ersten Befragungswoche unter den ‚wesentlichen Enttäuschungen‘ auf:

Here are some of the main revelations: [...] In one of his most uncomfortable moments of the week, Andrew Gilligan was forced to admit that he had been unwise to claim that the government had included the 45-minute claim in the dossier knowing it to be wrong. Gil-

21 Bereits im Wahlkampf 2005 tauchte das Zitat ‚Fischer ist schuld‘ auf T-Shirts (FR, 19.9.05: 46) und als Motto einer Party auf (FR, 10.9.05: 39). In ironischer Verkehrung der Schuldfrage wird es zum Fahnenwort der Anhänger Fischers und zum Element der Popkultur.

ligan accepted the 'language may not have been perfect'. [...] Internal documents showed that managers and governors harboured serious doubts about Gilligan's reporting techniques. [...] Gilligan's report is broadly confirmed by what Dr Kelly told another BBC journalist, Susan Watts. (Guardian, 16.08.03: 11)

Das Zitat wird – wie die Aussage im Verfahren selbst – mit weiteren Belegen abgeglichen, um so (widerlegende) Kontraste oder (bestätigende) Übereinstimmungen zu demonstrieren. Ganz wie im Untersuchungsverfahren selbst, werden Wahrheitsgehalt und Glaubwürdigkeit erst im Geflecht der Aussagen vermessen (vgl. Scheffer 2010: V).

Das Zitat taucht erneut in Zusammenfassungen auf, die zur Überbrückung einer mehrtägigen Sitzungspause erstellt werden. Hier wird zwischenbilanziert, welche Zeugen wohl zu welchen Themen noch einmal gehört werden. Gilligans Zitat symbolisiert nunmehr seinen „Fehler“, sein „Eingeständnis“ und seine „Ungereimtheiten“:

The first four weeks of the inquiry have been about accumulating evidence. That is now to be tested. [...] It is not yet known which witnesses will be recalled, but several of the key figures face awkward questions about apparent discrepancies in their evidence: [...] [Andrew Gilligan] conceded that his use of language in the first, 6.07am, report on the Today programme of May 29 was 'not perfect'. [...]. (Guardian, 05.09.03: 4)

Der Artikel stellt den Stand der Untersuchung in ihrer Logik dar. In dieser erweisen sich wesentliche Entscheidungen als absehbar oder wahrscheinlich. Dabei wird der Zeuge Gilligan immer mehr auf das Eingeständnis reduziert. „Not perfect“ wird zur bleibenden Referenz in der Berichterstattung bis hin zu den Berichten über das Abschlusspläoyer seiner Anwältin, Heather Rogers. Auch sie könne, angesichts der Faktenlage, seine Schuld nur noch relativieren:

[Rogers] acknowledged that Mr Gilligan made errors in his reporting, but concluded: 'Nobody's perfect'. (Times, 26.09.03: 12)

Das Zitat „not perfect“ steht in der Berichterstattung schließlich emblematisch für Gilligan und seine Mitschuld. Gilligans „Eingeständnis“ kommt eine Schlüsselstellung im öffentlichen Gedächtnis zu: es liefert Orientierung für die Deutung anderer Aussagen und für Spekulationen über die ausstehende Bewertung durch Lord Hutton. Das Zitat bleibt bis zuletzt an den Untersuchungskontext gebunden und findet auch in der Presse eine analoge Verwendung wie in der Untersuchung selbst: es bezeichnet die persönliche Verantwortlichkeit für eine Handlung. Damit bleibt die Zirkulation thematisch beschränkter als im Fall Fischer. Sie ist bis zuletzt auf die Zirkulation im Verfahren verwiesen.

CIA: ,1000 Flüge'

Der CIA-Ausschuss arbeitet selbst schon mit einer Reihe von Schlagworten („rendition flights“, „black sites“ usw.), die die Presse vor seiner Einberufung im Zusammenhang mit den CIA-Aktivitäten entwickelt hatte. Als wichtigsten Beitrag des Ausschusses zur Aufdeckung der „großen Verschwörung“ greift die Presse die Feststellung von „1245 CIA-Flügen“ über Europa auf. Dieses Zitat kursiert nach der Pressekonferenz vom 26.04.06, auf der Giovanni Favas den „vorläufigen Zwischenbericht“ vorgestellt hatte.²² Die Zahl wurde am Folgetag von mehreren Zeitungen teils als Schlagzeile aufgegriffen: „Mehr als 1000 [geheime] CIA-Flüge über Europa“ (Welt, SZ), „1000 secret CIA flights revealed“ (Guardian), „CIA Flew 1000

22 Auch wenn einige Zeitungen diese Zahl auf den vorläufigen Zwischenbericht zurückführen, findet sie sich doch erst im endgültigen Zwischenbericht vom 15.06.06. Eine frühere Erwähnung bezieht sich entsprechend – wenn auch nicht immer explizit – auf die mündliche Nennung im Rahmen der Pressekonferenz.

Flights in Secret“ (New York Times) bis hin zu allgemeinen Aussagen wie „Illegal CIA-Flüge erwiesen“ (taz) und „Finds Many CIA Flights“ (Washington Post).

Schon am ersten Tag lassen sich verschiedene Zitierweisen unterscheiden. Während Guardian, Washington Post und New York Times explizit spezifizieren, dass diese Flüge nur teilweise Gefangene transportierten, wird diese Einschränkung von den deutschen Zeitungen „abgeschnitten“. Sie verbinden die „1000 Flüge“ in ihren Berichten direkt mit Entführungen und Gefangenentransporten. Die stärkste Skandalisierung erfährt das Zitat in der FR, die von „mehr als 1000 [erwiesenen] unrechtmäßigen Gefangenentransporten“ unter anderem auch auf ihrer Titelseite berichtet.

Im Folgenden bleibt das Zitat zunächst an die laufende Debatte gebunden. Es entbrennt ein Streit um die Glaubwürdigkeit der Zahl, insbesondere nachdem der Rechtsberater der US-Regierung, John Bellinger, die Zahl von „Tausende[n] Flüge[n] mit Gefangenen“ als „absurd“ zurückwies (SZ, 05.05.06: 9; vgl. auch La Stampa: 9). Die Diskussion um die Glaubwürdigkeit der „1000 Flüge“ endet mit dem 13.05.06. Allerdings werden die „1000 Flüge“ in den Presseberichten weiterhin immer wieder als „die“ Feststellung des CIA-Ausschusses aufgerufen.²³ Dies geschieht vor allem in Berichten, in denen ein Vergleich mit Feststellungen aus anderen Untersuchungen zu den CIA-Aktivitäten gemacht wird:

The report [of Council of Europe], however, puts the number of clandestine C.I.A. flights it contends stopped on European territory since Sept. 11, 2001, at far fewer than the 1,000 flights previously suggested by the European Parliament. (New York Times, 08.06.06: 8)²⁴

Durch solche Verknüpfungen wird der CIA-Ausschuss auch nach seiner Beendigung immer wieder in Erinnerung gerufen. Die „mehr als 1000 Flüge“ bzw. die genaue Zahl von 1245 Flügen werden zum Symbol für die Arbeit und das Resultat des CIA-Ausschusses. Wie andere Zitate bleibt auch diese Zahl nur noch lose an den Ursprung gebunden. Ihre Bedeutung verschiebt sich immer mehr in den Zusammenhang der allgemeinen Spekulationen um die illegalen CIA-Aktivitäten. Auch hier wird die Aussagekraft der Behauptung nicht an Beweisen gemessen, sondern an ihrem Beitrag zur öffentlichen Debatte, in der sie die Größenordnung des Skandals anzeigen.

Zusammenfassung: Einerseits ist das Zitieren symptomatisch für das berichtete Ereignis, andererseits eröffnen Zitate vielfältige Anschlüsse im Mediendiskurs. Der Preis hierfür ist ein nur noch mittelbarer Rekurs aufs Original über den Umweg bereits publizierter Zitate. So bleibt Gilligans Ausspruch „not perfect“ zwar einerseits an den Rahmen der Schuldfindung in der Hutton Inquiry orientiert; andererseits wird das Zitat exemplarisch in Debatten zum Berufsethos britischer Journalisten, zum Zustand der BBC oder zum vermeintlichen Skandal des Kriegseintritts angeführt. Entsprechend beschreiben auch die „mehr als 1000 Flüge“ einerseits noch das Enthüllungsstreben des Untersuchungsausschusses, andererseits werden sie zum Symbol für die fragwürdigen CIA-Aktivitäten und die Hörigkeit europäischer Regierungen: einer internationalen Verschwörung. Fischers Ausspruch wiederum ist symptomatisch – nicht nur – für die ambivalente Frage politischer Verantwortung. Das Zitat dient außerdem der Veranschaulichung eines Kultstatus, der Fortschreibung einer schillernden politischen Karriere und der Illustration des Recht-fertigungsgefahrens gesellschaftlicher Eliten.

23 Sie stellt eine der wenigen konkreten inhaltlichen Behauptungen auch im Abschlussbericht dar (30.01.07: 11, Punkt 42), während auf andere Ergebnisse der Untersuchung, die in den Arbeitsdokumenten 7 und 8 gesammelt wurden, nur verwiesen wurde (ebd.: 12, Punkt 48).

24 Als spezifische Feststellung des CIA-Ausschusses verdrängt diese Zahl auch die von Amnesty International vermutete Zahl von 800-1500 Flügen, die deren Vertreter am 23.02.06 vor dem Ausschuss bzw. in ihrem Jahresbericht (23.05.06) genannt hatte.

6. Schluss: Verselbstständigung als Prozess

Die vorliegende Studie hat Aspekte der Veröffentlichung von drei Untersuchungsausschüssen analysiert, um das Abhängigkeitsverhältnis von politischem Ereignis und medialer Berichterstattung zu spezifizieren. Die Betrachtung der Berichterstattung über Untersuchungsausschüsse zeigt durchaus mediale Konstruktionen und die Mediatisierung der Politik. Die Untersuchungsausschüsse sind zu einem guten Teil für eine Veröffentlichung hergerichtet. Sie fungieren dabei als Veranstaltungen für die Medien. Die Presse berichtet selektiv und nach eigenen Maßgaben (Nachrichtenfaktoren). Sie formuliert Äußerungen aus den Untersuchungen um und rahmt deren Bezüge neu. Zitate werden zuweilen gar zu Symbolen mit wechselnden Implikationen und Anschlussoptionen.

Eine solche Engführung der Veröffentlichung allein auf die mediale Verwertung und die Medienlogik ist allerdings eine Verkürzung. Unsere Analyse legt auch nahe, dass die Berichterstattung Selektionen vornimmt, die mit der Logik der Untersuchungsverfahren kongruent sind und von dieser übernommen werden. Beobachtete Unterschiede in der Berichterstattung zu den drei Ausschüssen verweisen auf unterschiedliche Herangehensweisen und Stoßrichtungen der Verfahren. Damit rückt statt der einseitigen medienlogischen Konstruktion die Hypothese eines zumindest wechselseitig gebundenen Veröffentlichungsprozesses in den Blickpunkt. Medien wie Ausschüsse unterhalten eine symbiotische Kooperation, die ihnen jeweils Funktionstüchtigkeit verspricht. Die Kooperationen bestimmen die Richtung, in die sich Ereignisse in Medienberichte überführen lassen.

In der Perspektive eines empirischen Konstruktivismus lassen sich die Relationen von Ereignis und Berichterstattung spezifizieren. Es zeigen sich Standards, Anforderungen und Praktiken des ‚öffentlicht Machens‘. Sie zeigt, welche Konstruktionsarbeit im Prozess der Veröffentlichung von den verschiedenen Teilnehmern erbracht wird. Mit dem Begriff der Verankerung haben wir den ‚realen‘ Rückbindungen der Berichterstattung nachgespürt. Ort- und Zeitangaben dürfen ebenso wenig fehlen wie Einblicke ins berichtete Geschehen: anwesende Personen, gesprochene Worte, Atmosphärisches, beiläufige Details, usw. Die vielfältigen Bezugnahmen auf ein vorgängiges Geschehen gehen dabei über den Anspruch der ‚Gültigkeit‘ hinaus. Sie realisieren eine Faktizität, die der Berichterstattung aufgetragen ist – und die sie nicht unterbieten sollte. Die Ausschüsse liefern nicht nur Daten und Fakten, sondern auch Stoßrichtungen und Eigenlogiken, an denen sich Medienberichte messen lassen müssen. Als Archive fordern Ausschüsse von der Presse ein Maß an Originaltreue; als verfügbare Ereignisse binden sie den Report an singuläre Ausgangspunkte.

Der Begriff der Verankerung verweist auf das Ineinandergreifen „zirkulierender Referenzen“ (Latour 2002), durch die die Berichte mit ihrem Gegenstand verbunden bleiben, auch wenn sie von ihm durch laufende Neurahmungen immer weiter abstrahieren. Die Geschehnisse und Äußerungen, die im Verfahren einen ersten Aufführungsrahmen finden, werden von den Medien aufgenommen, kondensiert und für ein größeres Publikum performativ aufgeladen. Mit Hilfe von Zitaten empfinden die Berichte in überspitzter Weise die Dramaturgie der Befragungen und deren Resultate nach. Zitate verankern die inhaltliche Rekonstruktion der Geschehnisse in den Interaktions- und Interpretationsmustern der Verfahren und machen diese für ein breiteres Publikum zugänglich. Umgekehrt können sie aber gerade dadurch auf ein Vorgeschehen zurückverfolgt werden. Die schrittweise Entfernung vom konkreten Ereignis geht mit der Einführung weiterer Rahmen einher: des Politstars, der großen Verschwörung, der Kriegsfrage, etc. Letztere bedienen sich ausgesuchter Zitate als Symbole, die eine Vielfalt von Relevanzen und Referenzen auf sich vereinen.

Der Blick auf Prozesse der Veröffentlichung offenbart auf der einen Seite die Bedeutung (trans-) sequentieller Verläufe. Die Taktung der Sitzungen, die Dynamik von Fragen und Ant-

worten sowie die dramatischen Verläufe der Untersuchungen bieten sich je spezifisch für eine mediale Veröffentlichung an – oder entziehen sich dieser. Auf der anderen Seite erlaubt unsere Perspektive eine Erweiterung der Zeithorizonte, in denen sich Bedeutungen realisieren. Was in der Anhörung noch ‚untergeht‘, kann später ‚hochkochen‘ und sich im Weiteren gar zum handfesten Skandal auswachsen. Politik und Medien bieten hier ineinander verschrankte Techniken des Erinnerns und Vergessens, der Verfahrensgeschichte und des öffentlichen Archivs.

Die vorliegende Studie ist ein Schritt in dem von Kuhlmann (2007: 148) skizzierten „Unternehmen“, „der Realität (wieder) Beachtung in der Kommunikations- und Medienwissenschaft zu verschaffen.“ Realität soll dabei aber nicht im epistemologischen Sinn als Behauptung wieder eingeführt werden, sondern als Eigenbezüglichkeit und Widerständigkeit der berichteten Geschehnisse Beachtung finden, die eben nicht erst in der Medienberichterstattung eine Existenz erlangen (vgl. Luhmann 1996). Die Geschehnisse nehmen über ihre Verfügbarkeiten selbst Einfluss auf den Veröffentlichungsprozess. Sie dirigieren und limitieren das, was sich darüber ohne ‚Falschmeldung‘ berichten lässt. Mit der hier vorgeschlagenen Perspektive soll eine Tendenz der modernen Medienwissenschaften relativiert werden, die Diskursmacht der Veröffentlichungen (z.B. über Mediatisierung, Agenda Setting, Nachrichtenwerte) einseitig im Bereich der Medienlogik zu verorten und zu untersuchen. Unser Ansatz im Sinne eines „empirischen Konstruktivismus“ (Knorr Cetina 1989; Latour 2002) kann den Veröffentlichungsprozess als eine Praxis mit konkreten Bedingungen und Logiken beobachten. Man kann dann auch fragen, aus welchen Komponenten diese Konstruktionsmaschinerie zusammengesetzt ist und mit welchen Methoden sie en detail betrieben wird. Eine solche Perspektive auf Veröffentlichungsprozesse ist vielversprechend: allerdings ist sie dies nur, wenn statt isolierter Schlaglichter tatsächlich (etwa durch Feldforschungen) die sukzessive Überführung und gelegentliche Rückkopplung zwischen politischen Veranstaltungen und medialer Aneignung auch praktisch nachvollzogen wird.

Literatur

- Altheide, David L. / Robert P. Snow (1979): *Media Logic*, Beverly Hills.
- Bergmann, Jörg R. (1987): *Klatsch. Zur Sozialform der diskreten Indiskretion*, Berlin / New York.
- Bräcklein, Susanne (2006): *Investigativer Parlamentarismus. Parlamentarische Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika*, Berlin.
- Brosius, Hand-Bernd; Koschel, Friederike; Haas, Alexander (2008): *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung. Eine Einführung*, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden.
- Bucher, Hans-Jürgen (2004): Die Medienrealität des Politischen. Zur Inszenierung der Politik im Fernsehen, in: Ute Frevert / Wolfgang Braungart (Hrsg.): *Sprachen des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte*, Göttingen, S. 268-303.
- Clayman, Steven E. (1990): From Talk to Text: *Newspaper Accounts of Reporter-Source Interactions*, in: *Media, Culture and Society* 12, S. 79–103.
- Dayan, Daniel / Elihu Katz (1992): *Media Events. The Live Broadcasting of History*, Cambridge.
- Domke, David / Erica S. Graham / Kevin Coe / Sue Lockett John / Ted Coopman (2006): Going Public as Political Strategy: The Bush Administration, an Echoing Press, and Passage of the Patriot Act, in: *Political Communication* 23, S. 291-312.
- Epping-Jäger, Cornelia / Ludwig Jäger (2007): „Mehr Licht. Fischer Live“. Die ‚Visa-Affäre‘ als Medienereignis, in: Irmela Schneider / Christina Bartz (Hrsg.): *Formationen der Mediennutzung I: Medienereignisse*, Bielefeld, S. 139-158.
- Galtung, Johan / Mari H. Ruge (1965): The Structure of Foreign News: The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crises in Four Norwegian Newspapers, in: *Journal of Peace Research* 2, S. 64-91.

- Goffman, Erving (1977): Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, Frankfurt / Main.
- Hirschauer, Stefan (2004): Praktiken und ihre Körper. Über materielle Partizipanden des Tuns, in: Karl H. Hörning / Julia Reuter (Hrsg.): Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis, Bielefeld, S. 37-91.
- Kepplinger, Hans Mathias (1983): Funktionswandel der Massenmedien, in: Manfred Rühl / Heinz-Werner Stüber (Hrsg.): Kommunikationspolitik in Forschung und Anwendung, Düsseldorf, S. 47-64.
- Knorr Cetina, Karin (1989): Spielarten des Konstruktivismus: Einige Notizen und Anmerkungen, in: Soziale Welt 40, S. 86-96.
- Köhler, Sebastian (2005): Zehn Uhr mittags: Visa-TV. Big Brother goes Politics, in: Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik 7, S. 66-68.
- Kuhlmann, Christoph (2007): Die yieldimensionale Welt – Themenanalysen und das Problem der Kommunikationswissenschaft mit der Realität, in: Werner Wirth / Hans-Jörg Stiehler / Carsten Wünsch (Hrsg.): Dynamisch-transaktional denken. Theorie und Empirie der Kommunikationswissenschaft, Köln, S. 126-152.
- Lang, Gladys E. / Kurt Lang (1953): The Unique Perspective of Television and its Effects. A Pilot Study, in: American Sociological Review 18, S. 2-12.
- Latour, Bruno (2002): Zirkulierende Referenz. Bodenstichproben aus dem Urwald am Amazonas, in: ders.: Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft. Frankfurt / Main, S. 36-95.
- Lippman, Walter (1922): Public Opinion, New York.
- Luhmann, Niklas (1996): Die Realität der Massenmedien, Opladen.
- Mazzoleni, Gianpietro / Winfried Schulz (1999): „Mediatization“ of Politics: A Challenge for Democracy?, in: Political Communication 16, S. 247-261.
- McCombs, Maxwell E. / Donald L. Shaw (1972): The Agenda-Setting Function of the Media, in: Public Opinion Quarterly 36, S. 176-187.
- Meyer, Thomas (2001): Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem. Frankfurt / Main.
- Morris, Jonathan S. / Rosalee A. Clawson (2005): Media Coverage of Congress in the 1990s: Scandals, Personalities, and the Prevalence of Policy and Process, in: Political Communication 22, S. 297-313.
- Scheffer, Thomas (2008): Zug um Zug und Schritt für Schritt. Annäherung an eine transsequentielle Analytik, in: Herbert Kalthoff / Stefan Hirschauer / Gesa Lindemann (Hrsg.): Theoretische Empirie. Frankfurt / Main., S. 368-398.
- Scheffer, Thomas; Albrecht, Steffen; Michaeler, Matthias; Schank, Jan; Wundrak, Rixta (im Erscheinen): Die Anhörung bekannter Politiker – oder warum Untersuchungsausschüsse auf Verfahrensautonomie verzichten, in: Barbara Stollberg-Rilinger / André Krischer (Hrsg.): Herstellung und Darstellung verbindlicher Entscheidungen. Verhandeln, Verfahren und Verwalten in der Vormoderne, ZHF, Beiheft 35, Berlin, S. 523-557.
- Scheffer, Thomas / Matthias Michaeler / Jan Schank (2008): Starke und schwache Verfahren. Zur unterschiedlichen Funktionsweise politischer Untersuchungen am Beispiel der englischen „Hutton Inquiry“ und des „CIA-Aussusses“ der EU, in: Zeitschrift für Soziologie 37, S. 423-444.
- Scheffer, Thomas (2010): Adversarial Case-Making. An Ethnography of English Crown Court procedure, Leiden / Boston.
- Schneider, Irmela (2007): Nachrichtenfaktoren und Nachrichtenwert, in: Irmela Schneider / Christina Bartz (Hrsg.): Formationen der Mediennutzung I: Medieneignisse, Bielefeld, S. 13-24.
- Schulz, Winfried (1989): Massenmedien und Realität. Die „ptolemäische“ und die „kopernikanische“ Auffassung. In: Max Kaase / Winfried Schulz (Hrsg.): Massenkommunikation. Theorien, Methoden,

- Befunde (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 30), Opladen, S. 135-149.
- Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden.
- Speed, John Gilmer (1893): Do Newspapers Now Give the News?, in: Forum 15, S. 705-711.
- Vowe, Gerhard (2006): Mediatisierung der Politik? Ein theoretischer Ansatz auf dem Prüfstand, in: Publizistik 51, S. 437-455.
- Weber, Max (1988): Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: ders.: Gesammelte politische Schriften, hrsg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen, S. 351-369.

Matthias Michaeler
FU Berlin
Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften
Thielallee 43
14195 Berlin
mattmichaeler@email.com